

Bundesausschuss Obst und Gemüse Mitteilungen



bog

Nr. 03/2012
20. März 2012

<u>Inhalt:</u>	Seite
Weltgipfel Lückenindikationen in Rom	2
Gespräch des DBV mit EU-Abgeordneten zur „Einheitlichen Marktordnung“ im Rahmen der GAP	3
Ausgaben der privaten Haushalte für Gemüse um 4 Prozent gesunken	4
Verlängerung des Verbots unter Einstandspreis	5
Petition zu verstärktem Flächenschutz löste gesellschaftliche Bewegung aus	5
Bundesrat stimmt bundesweitem Sozialversicherungsträger zu	7
Verbraucherinformationsgesetz verabschiedet	7
Prognosfruit 2012 in Toulouse	7
Gerhard Schulz erhält Goldene Ehrennadel des Gartenbauverbandes	8
Bertram Fleischer neuer Agrarreferent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	8

WELTGIPFEL LÜCKENINDIKATIONEN IN ROM

Vom 21. bis 23. Februar 2012 trafen sich im Hauptquartier der Food and Agriculture Organisation of the United Nations (FAO) in Rom über 250 Delegierte aus mehr als 60 Ländern der Erde zum 2. Weltgipfel für Lückenindikationen. Der 1. Weltgipfel für Lückenindikationen fand im Jahre 2007 statt. Der diesjährige Weltgipfel wurde organisiert von dem IR4-Projekt der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit der United States Department of Agriculture (USDA) und der FAO. Die deutsche Delegation bestand aus den Damen und Herren Dr. Wolfgang Zornbach, BMELV, Dr. Carsten Hohgardt, BVL, Dr. Gregor Krahl, BVL, Dr. Mario Wick, JKI, Dr. Ingeborg Koch, DLR Neustadt, Martina Dahlbender, BASF, Dr. Volker Kaus vom IVA, Dr. Hans Joachim Brinkjans, ZVG und Dr. Hans-Dieter Stallknecht, DBV.

Bei den weltweiten Teilnehmern am 2. Gipfel für Lückenindikationen handelte es sich um Vertreter der nationalen Ministerien und Zulassungsbehörden, der landwirtschaftlichen Erzeuger, Vertreter der Chemischen Industrie sowie der Verbraucher und von Umweltgruppen. Die Mehrzahl der Vertreter auf dem Weltgipfel kam aus dem Bereich der nationalen Administration, also aus den Ministerien und den Zulassungsbehörden.

Auf dem Kongress zeigte sich sehr deutlich der Interessen- und auch Informationsunterschied zwischen entwickelten und nichtentwickelten Ländern. Vergleichbaren Problemen bei Lückenindikationen bei den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Australien, Neuseeland und der EU stehen generelle Fragen bei der Zulassung und Zulassungsverfahren in den anderen Ländern der Welt gegenüber.

Ausgehend von dem ersten Weltgipfel für Lückenindikationen vor 5 Jahren konnte zwischenzeitlich ein weltweites Portal für Lückenindikationen - das Global Minor Use Portal (GMUP) unter www.gmup.org - eingerichtet werden und ebenso konnte ein Berechnungsmodus für die maximal zulässigen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln auf Ebene der OECD, der sogenannte OECD MRL Kalkulator erarbeitet werden.

Im Focus des zweiten Weltgipfels für Lückenindikationen stand der Austausch über bestehende Aktivitäten zum Schließen von Lücken und zukünftige Möglichkeiten und Herausforderungen der Zusammenarbeit.

Aus Sicht der deutschen Erzeuger, die von Dr. Brinkjans und Dr. Stallknecht vertreten wurde, geht es in Zukunft darum, eine einheitliche Datenbank von Pflanzenschutzmittelprodukten und deren Zulassungen in der EU und weltweit zu erstellen. Des Weiteren geht es um eine gemeinsame Definition der Lückenindikationen, der Pflanzen und deren Pflanzengruppen

und der Entwicklung von vereinfachten Verfahren für Lückenindikationen. Dazu ist auch eine stärkere internationale Zusammenarbeit auch beim Austausch von Versuchsergebnissen und Zulassungsdaten erforderlich.

Auf dem Gipfel konnte festgestellt werden, dass es ein langfristiges Ziel sein muss, die bestehenden Datenbanken zum Beispiel von IR4, OECD, FAO, Kanada, der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der EU zu harmonisieren und nach Möglichkeit in einer Datenbank zusammenzuführen, wenn es um die Zulassungssituation bzw. die zugelassenen Lösungen für Lückenindikationen geht. In einem ersten Schritt sollten dazu die Datenbanken der einzelnen Staaten in einem Portal zusammengefasst werden. Zweitens gilt es, die verfügbaren Daten zu Rückständen transparent zu machen und für Recherchen zumindest den Absender bzw. den Dateneigener ausfindig zu machen zu können. Die Arbeiten dazu werden in den kommenden 5 Jahren vorangetrieben. Der 5-Jahresplan wird in Kürze auf dem Global Minor Use Portal (GMUP) unter www.gmup.org veröffentlicht.

GESPRÄCH DES DBV MIT EU-ABGEORDNETEN ZUR „EINHEITLICHEN MARKTORDNUNG“ IM RAHMEN DER GAP

Unter Vorsitz von DBV-Vizepräsident Werner Hilse hat der DBV am 01. März 2012 die Gesprächsreihe mit den deutschen EP-Abgeordneten zur Reform der GAP 2013 fortgesetzt. Schwerpunkt im aktuellen Gespräch war die „Einheitliche Marktordnung“. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Präsident Hilse hat grundsätzlich die weitere Marktorientierung in der Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse begrüßt, aber auf die Notwendigkeit eines effizienten Sicherheitsnetzes und Krisenmanagements vor dem Hintergrund der Besonderheiten der Agrarmärkte hingewiesen. Für die Wirtschaftliche Vereinigung Zucker hat Herr Dr. Hans-Jörg Gebhard eine Verlängerung der Zuckermarktordnung und Herr Dr. Hans-Dieter Stallknecht für den DBV und den Deutschen Weinbauverband die Verlängerung der Pflanzrechte bei Wein mindestens bis 2020 begründet. Herr Dr. Pichlmaier trat im Namen des Verbandes Deutscher Hopfen für den Verbleib der Beihilfe für Hopfenerzeugergemeinschaften in der ersten Säule ein. Die Argumente, die der DBV gemeinsam mit den Produktverbänden vorgetragen hat, stießen fraktionsübergreifend bei den EU-Abgeordneten auf viel Verständnis. Das nächste Gespräch, das bereits in Vorbereitung ist, wird sich schwerpunktmäßig mit der ländlichen Entwicklung befassen.

Zu Obst und Gemüse wurden dabei unter anderem auf folgende Punkte hingewiesen:
In dem Gespräch mit den Abgeordneten begrüßt der Deutsche Bauernverband generell die geplante Stärkung der Erzeugerorganisation. Er hebt besonders hervor, dass die Beibehaltung der Förderung der Erzeugerorganisation bei Obst und Gemüse über die Betriebsfonds und die Programme auch in Zukunft dringend erforderlich ist.

Bezüglich der Beihilfen für das Schulobstprogramm begrüßt der DBV die geplante Anhebung der Beihilfe von 90 Millionen Euro pro Jahr auf 150 Millionen Euro. Bei den Branchenorganisationen und den Erzeugerorganisationen stellt der Deutsche Bauernverband im Gespräch mit den Abgeordneten fest, dass die Autonomie der Landwirte und ihre Erzeugerorganisationen durch die Branchenorganisation allerdings nicht eingeschränkt werden darf. In diesem Sinne wird die Allgemeinverbindlichkeitserklärung bis hin zu Pflichtbeiträgen für Nichtmitglieder von Erzeugerorganisationen aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.

Beim Krisenfonds stellt der DBV heraus, dass die Einrichtung eines Fonds dann positiv ist, wenn dessen Einrichtung verlässlich und die finanzielle Ausgestaltung ausreichend ist. Damit könnte im Krisenfall schnell und schlagkräftig den betroffenen Erzeugern mit Stützungsmaßnahmen geholfen werden. Dieser Krisenmechanismus muss aber grundsätzlich für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse offen sein.

Bei den Vermarktungsnormen begrüßt der Deutsche Bauernverband die Beibehaltung der Vermarktungsnormen auf dem Status quo bei Obst und Gemüse einschließlich der obligatorischen Kennzeichnung der Herkunft für frisches Obst und Gemüse.

Zu den Regelungen im Handel mit Drittländern werden die bestehenden Bestimmungen bei Ein- und Ausfuhrlicenzen und den Eintrittspreisen in unveränderter Form fortgeführt und somit als Schutzschild vor Billigsteinfuhren aufrecht erhalten.

AUSGABEN DER PRIVATEN HAUSHALTE FÜR GEMÜSE UM 4 PROZENT GESUNKEN

Die privaten Haushalte in Deutschland kauften – laut Agrarmarktinformation AMI - 2011 mit 61,9 Kilo zwar etwa ein Prozent mehr frisches Gemüse ein als im Jahr davor. Allerdings zahlten die Haushalte aufgrund durchweg günstiger Preise für Gemüse mit 117 Euro pro Haushalt knapp vier Prozent weniger für Frischgemüse als im Vorjahr.

Durchschnittlich gaben die Verbraucher für ein Kilo Gemüse 1,90 Euro gegenüber 1,98 Euro in 2010 aus. Salatgurken weisen ein Mengenminus von vier Prozent auf. Salatgurken, bisher an dritter Stelle der Rangliste der meistgekauften Frischgemüse, büßten damit nicht nur an

absoluter Menge, sondern auch ihre dritte Position in der Rangliste der am meisten gekauften Gemüsearten ein. Auch Möhren verzeichneten mit einem minus von 7 Prozent rückläufige Einkaufsmengen. Neu in der Liste der TOP-10 sind Zucchini, die damit den Weißkohl von seinem Platz verdrängten. Bei den TOP 10 liegen mengenmäßig auf Platz Eins die Tomaten vor Möhren und Sellerie, gefolgt von Salatgurken, Paprika und Eissalat vor Blumenkohl, Spargel, Porree und Zucchini an zehnter Stelle.

VERLÄNGERUNG DES VERBOTS UNTER EINSTANDSPREIS

Der Koalitionsausschuss von CDU/CSU und FDP hat sich im Zuge der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen darauf geeinigt, das verschärfte Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis um weitere 5 Jahre bis zum 31.12.2017 zu verlängern. Auch zukünftig dürfen wertvolle Lebensmittel – auch nicht zeitweise – unter Wert „verramscht“ werden. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

In der Landwirtschaft und im Gartenbau misst man dieser Regelung eine hohe präventive Wirkung bei. Wie auch in anderen Bereichen bedarf es daher einer gesetzlichen Drohkulisse, um vernünftiges wirtschaftliches Verhalten auf freiwilliger Basis zu erreichen.

Gerade die Regelung des Untereinstandspreisverbots bei Lebensmitteln ist ein wichtiges Element zur Sicherung eines fairen Wettbewerbs im Handel.

PETITION ZU VERSTÄRKTEM FLÄCHENSCHUTZ LÖSTE GESELLSCHAFTLICHE BEWEGUNG AUS

Die Petition des Deutschen Bauernverbandes für einen gesetzlichen Schutz landwirtschaftlicher Flächen wird in die Geschichte des Bürgerengagements eingehen. Mit über 210.000 Unterschriften (Stand 20.02.2012) haben Bauern, Bäuerinnen, Landjugendliche und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus allen gesellschaftlichen Gruppen die Petition unterstützt und eine Wende im Flächenverbrauch gefordert. Denn nach wie vor gehen täglich rund 90 Hektar Acker- und Grünland durch Überbauung und Versiegelung verloren und stehen somit nicht mehr für die landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung. Das entspricht ca. 120 Fußballfeldern, worauf der Jahresbedarf des Grundnahrungsmittels Brot von über 10.000 Menschen heranwachsen könnte. Seit 1992 sind so über 820.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche verlorengegangen. Das entspricht fast 10mal der Fläche Berlins.

„Ich danke allen Unterstützern unserer Petition. Eine gesellschaftliche Bewegung hat sich für den stärkeren Schutz landwirtschaftlicher Flächen ausgesprochen. Dies können die Parteien im Deutschen Bundestag nicht mehr ignorieren“, kommentierte DBV-Präsident Gerd

Sonnleitner das Ergebnis des DBV-Aufrufs zur Petition. Der DBV hatte die Petition an den Deutschen Bundestag im Dezember 2011 gestartet. Zuvor hatte das DBV-Präsidium den Vorschlag für eine Gesetzesinitiative erarbeitet, mit der die landwirtschaftlichen Flächen vor der Versiegelung geschützt werden - ohne die Entwicklung ländlicher Räume grundsätzlich in Frage zu stellen. „Wir wollen einen bewussteren Umgang mit wertvollem Boden als Produktionsgrundlage unserer Ernährung und neuerdings für Erneuerbaren Energie erreichen“, betonte DBV-Umweltbeauftragter Friedhelm Decker. Es gehe um Innenentwicklung von Kommunen vor Außenentwicklung, Entsiegelung bei Neuversiegelung sowie intelligente und flächenschonende Naturschutz-Kompensationsmaßnahmen.

Anfangs als klassische Petition mit schriftlicher Unterschrift wurde die Petition in den vergangenen vier Wochen über das Onlineportal des Petitionsausschusses fortgesetzt. Die Petition des DBV lautet: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass auf gesetzlichem Wege landwirtschaftliche Nutzflächen als unvermehrbar Produktionsgrundlage zur Ernährungssicherung und für nachwachsende Rohstoffe geschützt werden. Ferner möge der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Flächenverbrauch durch Überbauung sowie durch Ausgleichsmaßnahmen zu reduzieren.“ Bereits 2006 hatte der DBV gemeinsam mit Umweltverbänden ein Positionspapier zur „Entsiegelung bei Neuversiegelung“ veröffentlicht. Doch ist seitdem keine tatsächliche Trendwende beim Flächenverbrauch erreicht worden und das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, in weiter Ferne. Mit der überaus erfolgreichen Petition müsse ein neues Kapitel zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen eingeleitet werden, betonte der DBV.

Die breite gesellschaftliche Unterstützung der Petition spiegelt sich auch in einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Produkt & Markt“ vom November 2011 wider, die verdeutlicht, dass Zweidrittel der Bevölkerung einen gesetzlichen Schutz landwirtschaftlicher Flächen vor der Bebauung befürworten. Denn mehr als Zweidrittel der Bevölkerung befürchten, dass der Verlust von Boden nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, Nahrungsmittelpreise ansteigen und die Abhängigkeit von Importen zunehmen würden.

BUNDESRAT STIMMT BUNDESWEITEM SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER ZU

Der Bundesrat hat am 2. März 2012 dem Gesetz zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-Neuordnungsgesetz) zugestimmt. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Damit wird zum 1. Januar 2013 ein bundesweiter landwirtschaftlicher Sozialversicherungsträger aus den bisher acht regionalen landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern, dem bundesweiten Träger für den Gartenbau und dem bisherigen LSV-Spitzenverband entstehen.

VERBRAUCHERINFORMATIONSGESETZ VERABSCHIEDET

Der Bundesrat stimmte in seiner 892. Sitzung am Freitag, dem 10.02.2012, dem vom Bundestag bereits im Dezember in 2. und 3. Lesung angenommenen Änderungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz zu. Mit einer Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt ist noch im März 2012 zu rechnen, so der Bundesausschuss Obst und Gemüse.

Die durch den Gesetzesbeschluss getroffenen Regelungen treten sechs Monate nach Verkündung im Bundesgesetzblatt, voraussichtlich also am 01. September 2012, in Kraft.

Künftig kann auf die Anhörung der Betroffenen bei Rechtsverstößen und in dringlichen Fällen verzichtet werden. Außerdem werden sämtliche amtliche Kontrollergebnisse auskunftspflichtig. Das heißt, eine Grenzwertüberschreitung muss nicht vorliegen. Des Weiteren werden die Behörden durch eine Ergänzung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches verpflichtet, von sich aus (aktive Verbraucherinformation ohne Anfrage), alle Rechtsverstöße durch Grenzwertüberschreitungen zu veröffentlichen. Allerdings muss die Grenzwertüberschreitung durch zwei unabhängige Laboruntersuchungen bestätigt sein.

PROGNOSFRUIT 2012 IN TOULOUSE

Der nächste Prognosfruitkongress 2012 wird vom 2. bis 4. August 2012 in Toulouse in Frankreich stattfinden. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Prognosfruit ist eine Veranstaltung zur Schätzung der alljährlichen Apfel- und Birnenernte in der Europäischen Union, die gemeinsam von COPA/COGECA, dem europäischen berufsständischen landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Dachverband und der Weltapfel- und Birnenorganisation WAPA in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der französischen Obstbauorganisation für Äpfel und Birnen der Association Nationale Pommes et Poires ANPP durchgeführt wird.

Wie in den Jahren zuvor wird es ein Vor- und Nachprogramm zum Kongresstag am 3. August 2012 geben. Weitere Einzelheiten werden rechtzeitig bekannt gegeben.

GERHARD SCHULZ ERHÄLT GOLDENE EHRENNADEL DES GARTENBAU- VERBANDES

Im Rahmen der Delegiertenversammlung des Wirtschaftsverbandes Gartenbau am 28. Februar 2012 in Cloppenburg wurde Gerhard Schulz durch den Präsidenten des Wirtschaftsverbandes Gartenbau Henning Sannemann mit der Goldenen Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Mit großem Engagement habe Schulz stets Themen vorangetrieben und sich seit mehr als 25 Jahren für die Belange des Berufsstandes eingesetzt, so Sannemann in seiner Laudatio. 1986 übernahm er den Vorsitz der Fachgruppe Gemüsebau des Nordwestdeutschen Gartenbauverbandes. Seit nunmehr 21 Jahren ist Schulz zudem Vorsitzender der Fachgruppe Gemüsebau im Bundesausschuss Obst und Gemüse. In dieser Funktion ist er auch im Vorstand und im Präsidium des Zentralverbandes Gartenbau vertreten. Seit 2003 ist Schulz zudem Vorsitzender des Bundesausschusses Obst und Gemüse.

BERTRAM FLEISCHER NEUER AGRARREFERENT DER CDU/CSU- BUNDESTAGSFRAKTION

Neuer Agrarreferent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ab sofort Bertram Fleischer. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin. Bertram Fleischer war bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter des Agrarpolitischen Sprechers der CDU Franz-Josef Holzenkamp.

Der im sächsischen Freiberg geborene 41-jährige Fleischer hat in Bonn Politik, Jura und Psychologie studiert und ist seit 2002 im Bundestag tätig, zunächst für Heinrich-Wilhelm Ronsöhr und von 2005 bis 2012 für Franz-Josef Holzenkamp.

Der Bundesausschuss Obst und Gemüse wünscht Fleischer einen guten Start in seiner Funktion als neuer Agrarreferent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.